

V0770/23

Nachhaltige Kälteversorgung für Ingolstadt
- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.08.2023 -

Antrag:

Die „kommunale Wärmeplanung“ wird um eine nachhaltige „kommunale Kälteplanung“ ergänzt, wobei potentielle Synergien genutzt werden sollen.

Folgende Aspekte sollen dabei Berücksichtigung finden:

- Die Kälteplanung soll aus mehreren Planfällen bestehen. Variante A soll die Versorgung städtischer Gebäude sowie Gebäude von Beteiligungsunternehmen (z.B. Klinikum Ingolstadt) abbilden, Variante B zusätzlich die Möglichkeit der Versorgung weiterer potentieller Großabnehmer (z.B. Industrieunternehmen und Pflegeheime) im Stadtgebiet und Variante C die Möglichkeit der Versorgung möglichst weiter Teile des Stadtgebiets. Dabei soll die jeweilige Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Varianten nach Möglichkeit mit einer Kosten- und Preis-Prognose für die nächsten Jahrzehnte dargestellt werden.
- Weiterführende Erkenntnisse, wie die Gebäude im Eigentum der Stadt Ingolstadt langfristig so optimiert werden und Neubauten so geplant werden, damit sie möglichst nachhaltig betrieben werden, sollen abgeleitet werden. Hierzu zählen insbesondere energetische Aspekte.
- Fördermittel zur Erstellung einer „kommunalen Kälteplanung“ werden abgegriffen. Geprüft wird, einen Bezug zwischen dem sich gerade in Erstellung befindlichen Hitzeaktionsplan und einem „kommunalen Kälteplan“ herzustellen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	15.10.2025	Vorberatung
Stadtrat	30.10.2025	Entscheidung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 15.10.2025

Der Antrag der Verwaltung V0619/25, der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0770/23, der Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe V0637/24 und der Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe V0476/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass die Stadtverwaltung dazu aufgefordert sei, alle zwei Jahre über den Fortschritt zum Integrierten Klimaschutzkonzept zu berichten. Die Daten für den vorliegenden Bericht stammen aus dem Jahr 2023, da es sich hierbei um eine sichere Datenlage handle. Darüber hinaus habe die Stadtverwaltung unter der Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage V0619/25 einen Auftrag formuliert, den Ausstieg aus dem fossilen Erdgas in den städtischen Liegenschaften schneller zu vollziehen. Eine wesentliche Maßnahme sei hierbei, das Schulzentrum Südwest mit klimaneutraler Energie zu versorgen. Sofern dies nicht mit Fernwärme funktioniere, müsse man sich eine andere Lösung überlegen. Bürgermeisterin Kleine schildert, dass die Stadtverwaltung diesen Auftrag

gerne mit auf den Weg nehmen würde. Der vorliegende Fortschrittsbericht sei bereits im Juli 2025 dem Klimabeirat und der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Seitdem sei der Fortschrittsbericht zum Integrierten Klimaschutzkonzept öffentlich zugänglich gewesen. Insofern handle es sich hierbei um ein Thema, das dem Stadtrat nicht erst seit kurzem vorliege.

Herr Schratzenstaller stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Fortschrittsbericht zum Integrierten Klimaschutzkonzept vor. Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei. Insofern wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Herr Prof. Dr. Moll teilt mit, dass der Klimabeirat der Stadt Ingolstadt aktiv an der Erstellung des Fortschrittsberichts mitgewirkt habe. Die zentrale Aussage aus dem Klimabeirat sei hierzu, dass das Gremium den vorliegenden Fortschrittsbericht vollumfänglich unterstütze.

Frau Heyer erwähnt, dass sich der Klimabeirat bei der Erstellung des Fortschrittsberichts auch inhaltlich eingebracht habe. So sei es sowohl für den Klimabeirat als auch für die Stabstelle Strategien Klima, Biodiversität und Donau wichtig gewesen, im Bericht realistische Reduktionspfade aufzuzeigen. Dem Klimabeirat sei dabei bewusst, dass es sich hierbei um ambitionierte Pfade handle. Jedoch liege hierbei die Betonung auf dem Wort „realistisch“. Frau Heyer betont, dass die Reduktionspfade umsetzbar seien und ein Erreichen der Klimaschutzziele möglich erscheine. Dies zeigen auch der Fortschrittsbericht und die Bemühungen, die man bisher in Gang gesetzt habe.

Dem vorliegenden Bericht könne man entnehmen, auch wenn die Reduktionsdiagramme immer wieder sportlich aussehen, dass seit dem letzten Fortschrittsbericht ein klarer Schritt in Richtung des Erreichens der Klimaziele unternommen worden sei, erklärt Herr Prof. Dr. Moll. Das Interessante an dem Bericht sei zudem, dass der Plan und die Erreichbarkeit der ambitionierten Ziele mit jedem Fortschrittsbericht besser erkennbar sowie detaillierter werden.

Die im Fortschrittsbericht dargestellte Treibhausgasbilanz zeige auch, dass es bereits einige größere Erfolge gegeben habe und sich die Stadt Ingolstadt auf dem richtigen Weg befinde, merkt Frau Heyer an. Im Zeitraum von 2019 bis 2023 habe man es in Ingolstadt geschafft, stadtweit 18 Prozent und in der Stadtverwaltung sogar 38 Prozent der Treibhausgase einzusparen. Hierbei handle es sich somit um wichtige Schritte, die bereits unternommen worden seien und die zugleich aufzeigen würden, dass es Maßnahmen und Stellhebel gebe, die es nun zu bearbeiten gelte, um auf diesem Reduktionspfad zu bleiben.

Herr Prof. Dr. Moll weist darauf hin, dass in Ingolstadt auch der Zuwachs im Bereich der PV-Anlagen äußerst imposant sei. So seien in der Stadt bereits über 7.000 PV-Anlagen installiert worden. Genauso interessant sei auch der Zuwachs im Bereich der Wärmepumpen, so Herr Prof. Dr. Moll. Man wisse, dass nicht jedes Stadtgebiet in Ingolstadt mit Fernwärme zu erreichen sei, da die Erschließungskosten hierfür sehr hoch ausfallen. Letzten Endes handle es sich bei der Wärmepumpenthematik um ein klares Zeichen, dass regenerative Wärmequellen genutzt werden. Des Weiteren habe man im Sektor Wärme gesehen, dass an manchen Orten, an denen ein Wärmebedarf bestehe, wiederum Abwärme entstehe, die man in einem erheblichen Umfang nutzen könnte. Insgesamt gesehen handle es sich beim Ausbau der Fernwärme um ein gutes Resultat. Herr Prof. Dr. Moll erklärt, dass er beim Thema der CO₂-Neutralität der Fernwärme auch des Öfteren zwiegespalten sei. Zwar entstehe die Fernwärme irgendwo, aber sie sei nun einmal per Definition als CO₂-neutral formuliert.

Am Klimabeirat sei auch nicht die Diskussion vorbeigegangen, das Klimaziel gegebenenfalls zu verschieben oder gar zu streichen, erklärt Frau Heyer. Deshalb möchte der Klimabeirat betonen, dass die Stadt Ingolstadt nichts falsch mache, wenn sie den Klimaschutz ernstnehme, da dies auch wirtschaftlich sinnvoll sei. Frau Heyer führt aus, dass die CO₂-

Bepreisung die Energiepreise ab dem Jahr 2027 deutlich verändern werde. Da der CO₂-Preis ab dem Jahr 2027 nicht mehr konkret einzuschätzen sei, würden die Energiepreise ab diesem Jahr eine große Unsicherheit darstellen. Aktuelle Schätzungen würden davon ausgehen, dass sich der CO₂-Preis in Zukunft mindestens verdoppele, wenn nicht sogar verfünffache. Hierbei handle es sich um eine Belastung für die Ingolstädter Bevölkerung. Deshalb habe die Stadt Ingolstadt und der Stadtrat diesbezüglich eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, so Frau Heyer.

Stadtrat Witty führt aus, dass man das Thema differenziert betrachten müsse. Beim Sektor Strom befinde sich die Stadt Ingolstadt bereits auf einem sehr guten Weg. Die Herausforderungen werden sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die Bevölkerung mit hoher Wahrscheinlichkeit im Sektor Wärme liegen. Stadtrat Witty erklärt, dass es einerseits Bürgerinnen und Bürger gebe, die den Klimaschutz aus Idealismus verfolgen würden. Auf der anderen Seite gebe es aber die große Masse der Bevölkerung, für die die Energieversorgung in erster Linie sicher und bezahlbar sein müsse. Stadtrat Witty merkt an, dass auch die Stadt Ingolstadt ökonomisch handeln müsse. Deshalb möchte er wissen, inwiefern die Finanzierbarkeit und die langfristige Wirtschaftlichkeit bei der Antragsziffer 2 der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung gegeben sei.

Stadtrat Dr. Meyer teilt mit, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU die Fortschritte beim Klimaschutzkonzept ausdrücklich anerkenne. Zumal sich die Ausschussgemeinschaft FDP/JU seiner Ansicht nach in den letzten Jahren immer maximal konstruktiv bei diesem Thema mit Anträgen eingebracht habe. Nichtsdestotrotz seien die Ausbaugraphen, vor allem, was die Ausbauerwartung in der Photovoltaik anbelangt, schon recht ambitioniert und optimistisch dargestellt. Stadtrat Dr. Meyer merkt an, dass auch ihn die Antragsziffer 2 der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung irritiert habe. Nach der heutigen Vorstellung des Fortschrittsberichts sei ihm klargeworden, dass das Erreichen der Klimaschutzziele im Sektor Wärme mit dem Ausstieg aus dem fossilen Erdgas stehe oder falle. Stadtrat Dr. Meyer fehle hierzu in der vorliegenden Beschlussvorlage allerdings die wirtschaftliche Betrachtung eines solchen Schritts. Aktuell spare die Stadt Ingolstadt unter großen Schmerzen zum Teil Beträge im dreistelligen Eurobereich ein. Nun würde man allerdings eine Vorlage diskutieren, bei der die finanziellen Folgen eines solchen Beschlusses überhaupt nicht aufgegliedert seien. Insofern möchte Stadtrat Dr. Meyer von Seiten der Stadtverwaltung zur Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage eine Erläuterung hinsichtlich des beabsichtigten Zeitplans und der wirtschaftlichen Konsequenzen. Sofern es sinnvoll sei, könnte auch der Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt in der nächsten Stadtratssitzung darstellen, was es für die Versorgerseite bedeute, wenn man den Erdgasbezug forciert umstellen möchte.

Herr Schratzenstaller schildert, dass man für den Erdgasverbrauch in den städtischen Liegenschaften im Jahr 2025 unter Ansetzung des aktuellen CO₂-Preises Kosten in Höhe von 275.000 Euro gehabt habe. Im nächsten Jahr solle der CO₂-Preis ersten Schätzungen zufolge zwischen 55 und 65 Euro je Tonne liegen. Dies bedeute, dass die Kosten für das Erdgas beim gleichen Verbrauch zwischen 275.000 und 325.000 Euro liegen werden. Bei der Antragsziffer 2 der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung gehe es darum, das städtische Klimaziel ernst zu nehmen. Dabei würde man bis zum Jahr 2030 schrittweise aus dem Erdgasbezug aussteigen. Gleichzeitig würde man unter der Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen CO₂-Einsparung und Kosten eine Priorisierung durchführen, welche Maßnahme zuerst umgesetzt werden sollte. Herr Schratzenstaller erläutert, dass man in den Liegenschaften der Stadtverwaltung aktuell einen hohen Anteil an Erdgas habe, der für die Emissionen verantwortlich sei. Wenn man das Ziel der Klimaneutralität tatsächlich ernst nehme, dann müsste man diesen Anteil reduzieren.

Politisch gesehen sei es wichtig, auch in die Richtung der Stadtwerke Ingolstadt zu signalisieren, dass sich der Stadtrat den Ausstieg aus dem Erdgasbezug als Ziel nehme, erklärt Bürgermeisterin Kleine. Somit könnte man dann gemeinsam mit den

Stadtwerken Ingolstadt den einen oder anderen Weg bei dieser Thematik beschreiten. Hinsichtlich der Fernwärmeversorgung im Herz-Jesu-Verteil und im Antonviertel werde einerseits damit argumentiert, dass man das Schulzentrum Südwest als wichtigen Anker für diese Heiztechnologie dort benötige. Andererseits werde aber auch gesagt, dass der Ausbau der Fernwärme in diesen Vierteln trotzdem zu teuer sei. Hinzu komme dann auch noch die Diskussion um das Hallenbad Südwest, ob sich die Fernwärme dort überhaupt noch lohne, wenn das Schwimmbad den Energiebezug nicht mehr benötige. Sofern der Stadtrat der Antragsziffer 2 der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimme, würde dies bedeuten, dass die Stadtverwaltung den Fokus auf dieses Thema legen müsse und der Stadtrat hierzu von der Stadtverwaltung und den Stadtwerken Ingolstadt entsprechende Antworten erwarte. Im nächsten Schritt würde man dann diese Antworten beschreiben und den richtigen Weg zusammen mit den Stadtwerken Ingolstadt suchen. Bürgermeisterin Kleine schlägt vor, das Thema noch einmal in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit anzusetzen. Wichtig sei, dass die Stadt Ingolstadt hierbei einen Schwerpunkt setze. Somit würde man signalisieren, dass man als Verwaltung nicht übersehen habe, diesen Weg beschreiten zu müssen. Zudem würden die Entwicklungen im privaten Bereich zeigen, dass es richtig sei, sich zu überlegen, wie man das fossile Erdgas ersetzen könne, so Bürgermeisterin Kleine.

Stadtrat Achhammer teilt mit, dass er sich den Ausführungen von Stadtrat Witty und Stadtrat Dr. Meyer anschließen könne. Mit der Antragsziffer 2 der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung müsse man insbesondere hinsichtlich der Finanzierbarkeit skeptisch umgehen. Zwar sei ein solcher Schritt wohl wirtschaftlich sinnvoll, aber man müsse sich hierbei die Frage stellen, ob sich die Stadt Ingolstadt einen Ausstieg aus dem Erdgasbezug angesichts der aktuellen Haushaltslage leisten könne. Deshalb regt Stadtrat Achhammer an, in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit die Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage nicht abzustimmen, sondern erst in einer der nächsten Sitzungen darüber zu entscheiden. Stadtrat Achhammer schildert, dass die Stadt Ingolstadt auf dem Weg zur Klimaneutralität bereits einiges umgesetzt habe. Nichtsdestotrotz könnte man seiner Meinung nach in diesem Bereich noch mehr voranbringen. Dem vorliegenden Fortschrittsbericht zum Integrierten Klimaschutzkonzept könne man entnehmen, dass auf Bundesebene bereits 50 Prozent und in Ingolstadt erst 20 Prozent erneuerbare Energien erzeugt werden. Zwar sei dies von der Lage her immer schwierig zu vergleichen, allerdings bittet Stadtrat Achhammer darum, auf dem Weg zur Klimaneutralität noch etwas mehr mit Nachdruck zu agieren. Im Sektor Wärme habe man vor allem mit der Industrie als Höchstverbraucher und mit Altbauten zwei Problempunkte, erklärt Stadtrat Achhammer. Dabei seien in Altbauten meistens noch Heizungen installiert, die noch mit Erdgas oder vereinzelt noch mit Erdöl betrieben werden. Hierbei bestehe das Problem darin, dass man diese Gebäude nur schwer auf Wärmepumpen umrüsten könne. Darüber hinaus sei die Fernwärme nicht unendlich und auch nicht ganz frei von fossilen Energieträgern. Deshalb sollte man mit der Fernwärme etwas vorsichtiger umgehen, gleichwohl sie per Definition als CO₂-neutral gelte. Im Sektor Verkehr stört sich Stadtrat Achhammer an der in der Beschlussvorlage der Verwaltung enthaltenen Formulierung, dass die Förderung des Umweltverbundes nur mit Einschränkungen im motorisierten Verkehr gelingen würde. Zwar sei es sicherlich richtig, die Mobilität bis zum Jahr 2035 vermehrt auf den Umweltverbund umzustellen, jedoch handle es sich bei der bloßen Aussperrung des motorisierten Verkehrs um den falschen Ansatz. Stattdessen sei es hierbei der richtigere Weg, den Fahrradfahren und Fußgängern ein besseres Durchkommen durch den Verkehr zu ermöglichen. Hierbei würden auch entsprechende Geschwindigkeitsbegrenzungen für den motorisierten Verkehr keinen einen Mehrwert bringen.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität müsse die Stadt Ingolstadt mitteilen, an welchen Stellen man konkret handle und welche kurzfristigen Vorteile dadurch für den städtischen Haushalt entstehen können, erklärt Bürgermeisterin Kleine. Aus diesem Grund schlage man auch in der Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage den forcierten Ausstieg aus dem Erdgasbezug

vor. Hierbei habe man bereits drei große Projekte herausgearbeitet, deren Umsetzung etwas effektiv im Bestand verändern würde. Bürgermeisterin Kleine weist darauf hin, dass man aufgrund von bestehenden Zielen auf Bundesebene den Anteil an fossilen Energien zurückfahren beziehungsweise einschränken müsse. Angesichts dieser Vorgaben müsse man sich überlegen, welche Maßnahmen man im Bereich der städtischen Liegenschaften konkret umsetzen möchte. Unterdessen beschäftigen sich die Stadtwerke Ingolstadt derzeit mit der Finanzierbarkeit der Wärmewende in Ingolstadt, die geschätzt bis zu 900 Millionen Euro kosten könnte. Bürgermeisterin Kleine nimmt den Vorschlag aus dem Ausschuss auf, das Thema Forcierter Ausstieg aus dem Erdgasbezug noch einmal zusammen mit dem Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt in einer der nächsten Stadtratssitzungen zu diskutieren. Im Sektor Verkehr gehe es darum, dass der Autoverkehr grundsätzlich einen schmaleren Fußabdruck bekommen müsse. Dem Automobilmarkt könne man entnehmen, dass aktuell viele Entwicklungen in Richtung der E-Mobilität verlaufen. Angesichts dessen müsse man es als Kommune nur noch schaffen, dass nicht in jedem elektrisch angetriebenen Pkw am Ende nur eine Person sitze. Ansonsten hätte man auf den Straßen trotzdem eine höhere Verkehrslast, obwohl man im Straßenraum eigentlich mehr Platz für den Umweltverbund benötigen würde.

Stadtrat Böttcher betont, dass der gesamte Stadtrat das Thema der Klimaneutralität ernstnehme. Manch Stadtratsmitglieder würden lediglich die Erreichbarkeit des Klimaziels bis zum Jahr 2035 etwas skeptischer sehen. Im vorliegenden Fortschrittsbericht werde erwähnt, dass der Reduktionspfad im Sektor Wärme einen Ausbau des Fernwärmenetzes von 90 auf 170 km vorsehe. Allerdings können nur die Stadtwerke Ingolstadt darstellen, wie dieser Ausbauplan funktionieren solle, welche Kosten für einen solchen Ausbau entstehen würden und ob man überhaupt die Kapazitäten dafür besitze, diese Maßnahme bis zum Jahr 2035 abzuschließen. Hinsichtlich des Fernwärmenetzausbaus haben die Stadtwerke Ingolstadt schon einmal darauf hingewiesen, dass ein solcher Ausbau für viele Baustellen in Ingolstadt sorgen würde. Stadtrat Böttcher merkt an, dass in den Jahren 2023 und 2024 geschätzt rund 550 Wärmepumpen in Ingolstadt hinzugekommen seien. In Zukunft solle dieser Zuwachs auf 1.700 Wärmepumpen pro Jahr steigen. Anhand dieses Beispiels könne man gut erkennen, welche Zahlen hier im Raum stehen. Auch zum Thema der Wirtschaftlichkeit würde man die Stadtwerke Ingolstadt benötigen, damit diese eine Einschätzung abgeben können, welche Ausbauziele man pro Jahr auf dem Weg zur Klimaneutralität verfolgen müsste. Angesichts dessen sei es wichtig, dass der Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt in einer der nächsten Stadtratssitzungen zu diesem Gesamthema noch einmal Stellung beziehe, so Stadtrat Böttcher.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass man mit dem Schulzentrum Südwest, der Staatlichen Berufsschule II und der Lessingschule insgesamt drei Baustellen vorschlagen würde. Hierzu müsse der Stadtrat Ingolstadt an die Stadtwerke Ingolstadt den politischen Auftrag signalisieren, dass man den forcierten Ausstieg aus dem Erdgasbezug anstrebe. Somit könnte man dann auch die durchgerechneten und durchdachten Vorschläge für diesen großen Bereich der Erdgaseinsparung erhalten. Die von Stadtrat Böttcher vorgetragenen Fragen könne der Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt beantworten, da dieser wissen müsse, wie die Fernwärmeversorgung weitergehen solle und welchen Anteil man von dem im Reduktionspfad aufgezeigten Ausbauziel umsetzen könne.

Für die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es wichtig, dass man bei diesem Thema nun einen Zeitraum vorliegen habe, an dem sich eine gewisse Tendenz ablesen und prognostizieren lasse, führt Stadträtin Leininger aus. Diese Tendenz stimme die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf dem Weg zur Klimaneutralität vorsichtig optimistisch. Des Weiteren habe der Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt in einem Interview mit dem DONAUKURIER erwähnt, dass die Geschwindigkeit beim Fernwärmeausbau den Preis bestimme. Angesichts dessen komme es umso mehr darauf an, dass der Stadtrat präzisiere, welche Maßnahmen die Stadt Ingolstadt bei diesem Thema forcieren beziehungsweise priorisieren möchte. Zudem sollte man nicht die Angst davor

haben, dass aufgrund dessen auf einmal die ganze Stadt umgegraben werde. In den letzten Jahrzehnten sei im Stadtgebiet eine Vielzahl von Sparten im Straßenuntergrund verlegt worden, dabei haben die Menschen auch nicht die Erfahrung gemacht, dass in Ingolstadt ständig nur gegraben worden sei. Des Weiteren könne man am vorliegenden Fortschrittsbericht erkennen, dass die Fernwärme zum Glück eine große Rolle spiele. Zudem hätten die Menschen verstanden, dass die Wärmepumpe an den Orten eine gute Option sei, an denen die Fernwärme keine zeitnahe Perspektive darstelle. Darüber hinaus würde es wirtschaftlich gesehen ein großer Fortschritt auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele sein, wenn man die Fernwärme an das Schulzentrum Südwest und das Hallenbad Südwest bringen könnte. Zum Sektor Verkehr führt Stadträtin Leininger aus, dass man in Ingolstadt bezogen auf die Einwohnerzahl nach wie vor eine überdurchschnittlich hohe Dichte an Kraftfahrzeugen habe. Der Begriff „überdurchschnittlich“ würde dabei implizieren, dass eine Reduktion auf eine durchschnittliche Dichte möglich sei.

Stadtrat Dr. Lösel führt zum Sektor Verkehr aus, dass man sich hierbei nicht so sehr auf die Frage kaprizieren sollte, wie viele Autos schlussendlich auf den Straßen unterwegs sein werden. Im Bereich der Klimaneutralität sollte man sich vielmehr drauf konzentrieren, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) klimaneutral werde. Insofern würde hierbei der große Wurf gelingen, wenn man die Energieträger, mit denen die Autos betrieben werden, entsprechend umstelle. Des Weiteren gehe es in sämtlichen Bereichen in erster Linie um die Finanzierbarkeit der Maßnahmen, betont Stadtrat Dr. Lösel. Aber auch die Wirtschaftlichkeit dürfe man dabei nicht vernachlässigen. Aus diesem Grund spricht Stadtrat Dr. Lösel immer von der Effizienz einer Maßnahme. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Ingolstadt würde es hierbei allerdings zu konfliktären Situationen kommen. Zum Beispiel möchte der Stadtrat, dass der Verkehrsmix auf dem Weg zur Klimaneutralität umgestellt werde. Dies bedeute, dass man eigentlich den Umweltverbund und somit den ÖPNV-Bereich stärken müsste. Angesichts der aktuellen Haushaltslage müsse man allerdings im ÖPNV-Bereich sowie bei allen Tochtergesellschaften der Stadt Ingolstadt massiv sparen. Eine solche konfliktäre Situation könne man nur auflösen, wenn man bei den Investitionen in sämtlichen Bereich der Stadt Ingolstadt immer auf höchste Effizienz und Wirtschaftlichkeit achte. Ansonsten könne man sich diese Gesamtumstellung im Verkehrsmix irgendwann nicht mehr leisten. Des Weiteren möchte man in Ingolstadt auch das Radwegenetz ausbauen, um in Ingolstadt einen höheren Anteil des Fahrradverkehrs zu erreichen. Angesichts dessen ist Stadtrat Dr. Lösel gespannt, ob man sich die geplante Fahrradrampe zur Autobahnbrücke auch in Zukunft noch leisten könne oder sie einer Sparmaßnahme anheimfallen werde.

Bürgermeisterin Kleine erläutert, dass die E-Mobilität im Sektor Verkehr einen großen Faktor darstelle, um in diesem Bereich CO₂-neutral zu werden. Da die Stadt Ingolstadt kein eigenes Förderprogramm für E-Fahrzeuge habe, seien stattdessen die Akteure auf dem Markt gefragt worden, was außerdem noch benötigt werde. Im Gespräch mit der AUDI AG habe sich dabei herausgestellt, dass für die E-Mobilität eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden müsste. Als Kommune könne man diese gesamte Infrastruktur nicht selbst herstellen. Deshalb benötige man Informationsstrukturen, die private Investoren motivieren, in die E-Ladeinfrastruktur zu investieren. Bürgermeisterin Kleine berichtet, dass man mittlerweile fünf Anbieter aus ganz Deutschland habe, die sich um Standorte für E-Ladesäulen in Ingolstadt bewerben. Diese Bewerbungen versuche man von Verwaltungsseite aus derzeit schnell zu bearbeiten, um die E-Mobilität auf diese Weise zu unterstützen. Wenn es um den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr zu einem Verkehrsmittel des Umweltverbundes gehe, handle es sich beim Fahrrad um das Fahrzeug, das für eine Stadt am besten sei. Im Gegensatz zum ÖPNV müsse man das Fahrrad nicht ständig finanzieren. Stattdessen investiere man als Stadt lediglich in eine fahrradfreundliche Infrastruktur. Bürgermeisterin Kleine erwähnt, dass man in diesem Bereich in den letzten Jahren bereits sehr gut vorangekommen sei. Zudem werde der Modalsplit bei der Fortschreibung des Verkehrsplans der Stadt Ingolstadt noch einmal beschrieben und erhoben. Um auf den Sektor Wärme zurückzukommen, erklärt Bürgermeisterin Kleine, dass

die Stadtverwaltung dem Stadtrat entsprechende Handlungsempfehlungen vorschlagen müsse. Insofern müsse man den Stadtwerken Ingolstadt mitteilen, dass ein möglicher Anschluss des Schulzentrums Südwest an das Fernwärmenetz prioritär betrachtet werden sollte. Zumal man beim Schulzentrum Südwest in den nächsten zwei Jahren ohnehin tätig werden müsste.

Stadtrat Witty führt aus, dass es bei der Antragsziffer 2 der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung sowohl um die Finanzierbarkeit als auch um die Wirtschaftlichkeit gehe. Das Thema der Finanzierbarkeit dieser Maßnahme würde dabei erst einmal bei den Stadtwerken Ingolstadt liegen. Hier gehe es allerdings nun um das Thema der Wirtschaftlichkeit, erklärt Stadtrat Witty. Die Fernwärme sei aktuell in vielen Fällen noch nicht wirtschaftlich, jedoch könnte sie sich mittel- oder langfristige gesehen sehr wohl zur wirtschaftlichsten Variante entwickeln. Diesen Zusammenhang müsse man nach der Ansicht von Stadtrat Witty herausarbeiten. Im Kern gehe es bei der Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage um drei Objekte, für die eine Fernwärmeversorgung untersucht werden solle. Von daher regt Stadtrat Witty an, ob man die Antragsziffer 2 nicht auch positiv formulieren könnte und zusätzlich den Auftrag erteile, für diese drei Objekte die kurz- und mittelfristige Wirtschaftlichkeit zu untersuchen.

Bürgermeisterin Kleine schlägt zur Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage vor, dass man mit den Stadtwerken Ingolstadt noch einmal darüber sprechen könnte, welche finanziellen Auswirkungen es für die Stadt Ingolstadt gebe, wenn man bei diesen drei Objekten nun nichts unternehmen würde. Die Ergebnisse könnte man dann in der nächsten Stadtratssitzung vortragen. Insofern würde man aus der heutigen Ausschusssitzung den Auftrag mitnehmen, die Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage noch einmal genauer zu definieren und diese in der nächsten Stadtratssitzung zur Abstimmung zu stellen.

Stadtrat Dr. Meyer entgegnet, dass man für eine Vertiefung dieses Themas in der nächsten Stadtratssitzung erst noch konkrete Zahlen und Argumente hinsichtlich der Finanzierbarkeit und der Wirtschaftlichkeit dieser drei Objekte benötige. Er weist darauf hin, dass man in der nächsten Stadtratssitzung über nichts Geringeres als eine Art von sozialer Frage sprechen werde. Einerseits würde man in dieser Sitzung aufgrund der aktuellen Haushaltslage eine sehr unschöne Liste mit Einsparoptionen behandeln. Gleichzeitig müsse man sich dann allerdings die Frage stellen, ob man ein politisches Klimaziel höher gewichte als beispielweise Leistungen im Sozial-, Kultur- oder Sportbereich. Für Stadtrat Dr. Meyer stehe dieses politische Klimaziel jedenfalls nicht über den anderen freiwilligen Leistungen der Stadt Ingolstadt. Zwar würde das städtischen Klimaschutzziel 2035 einen lokalen Effekt besitzen, allerdings zweifelt Stadtrat Dr. Meyer die tatsächliche Wirkung dieses Ziels für den Klimaschutz an. In Europa würde der Handel mit Emissionszertifikaten dafür sorgen, dass sich der CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2050 gesamtkontinental gesehen nicht durch lokales Handeln reduzieren lasse. Stadtrat Dr. Meyer ist außerdem der Ansicht, dass sich Klimaschutzmaßnahmen aufgrund des Klima- und Transformationsfonds, der über die CO₂-Abgabe gespeist werde, im Zeitverlauf günstiger darstellen werden.

Bürgermeisterin Kleine betont, dass ihr der soziale Aspekt beim Klimaschutz besonders wichtig sei. Hierbei verweist sie auf die Angebote und Förderprogramme, die die Stadt Ingolstadt in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt habe. Des Weiteren werde die Stadt Ingolstadt das Beratungs- und Unterstützungsangebot in diesem Bereich ab November 2025 noch einmal verstärken. Bürgermeisterin Kleine berichtet, dass sie beim Klimaschutz bisher immer der Linie gefolgt sei, Angebote zu schaffen sowie den Bürgerinnen und Bürgern etwas zuzutrauen, aber ihnen nichts zuzumuten. Trotzdem befinde man sich in Ingolstadt auf einem guten Weg zur Klimaneutralität.

Stadtrat Dr. Spaeth erwähnt, dass man aufgrund der aktuellen Haushaltslage auf jeden Fall eine wirtschaftliche Betrachtung benötige. Da der CO₂-Preis in den nächsten Jahren weiter steigen werde, müsste man aufgrund dessen zu einem späteren Zeitpunkt größere

Ausgaben verantworten. Von daher sei es sinnvoll, sich trotz knapper Kassen über die CO₂-Einsparung Gedanken zu machen. Beim Sektor Verkehr möchte Stadtrat Dr. Spaeth ein Plädoyer für den Fahrradverkehr abgeben. In der nächsten Zeit werde es aufgrund der aktuellen Haushaltslage schwierig, den ÖPNV in Ingolstadt zu finanzieren. Zudem handle es sich sowohl beim Straßenbau als auch beim Straßenunterhalt um sehr kostenintensive Maßnahmen. Stadtrat Dr. Spaeth weist darauf hin, dass das Fahrrad die Straßen deutlich weniger belaste. Zur geplanten Fahrradrampe an der Autobahnbrücke führt Stadtrat Dr. Spaeth aus, dass es sich hierbei um keinen Radweg, sondern lediglich um einen Abbau von Barrieren handle. Insofern sei diese Maßnahme keine direkte Unterstützung für den Fahrradverkehr. Stadtrat Dr. Spaeth ist deshalb der Ansicht, dass man andere Projekte benötige, um den Fahrradverkehr in Ingolstadt voranzubringen.

Stadtrat Dr. Meyer merkt an, dass man bereits wissen würde, wie der CO₂-Preis in Zukunft steigen werde. Insofern ließen sich die entsprechenden Energiekosten für die nächsten Jahre schon zum jetzigen Zeitpunkt berechnen. Solche Berechnungen würde man auch benötigen, da die Aussagen im luftleeren Raum nicht weiterhelfen.

Stadtrat Dr. Lösel weist darauf hin, dass von den Stadtwerken Ingolstadt am morgigen Tag das Heizhaus Süd, das unter anderem Erdgas als Energiequelle verwende, als neuer Bestandteil des Fernwärmenetzes eingeweiht werde. Angesichts dessen müsse man sich überlegen, ob der unter der Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage aufgeführte forcierte Ausstieg aus dem Erdgasbezug der zielführende Weg sein könne. Insofern sollte man darauf achten, auf dem Weg zur Klimaneutralität in den Bereichen voranzukommen, in denen dies auch möglich sei. Außerdem dürfe man die Bürgerinnen und Bürger damit nicht überlasten, betont Stadtrat Dr. Lösel.

Oberbürgermeister Dr. Kern führt aus, dass die Antragsziffer 1 der Verwaltungsvorlage V0619/25 in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit bekannt gegeben werde. Zur Antragsziffer 2 der Verwaltungsvorlage V0619/25 habe er aus den Reihen der Ausschussmitglieder die Anregung vernommen, zu diesem Antragspunkt in der heutigen Ausschusssitzung kein vorberatendes Votum einzuholen. Stattdessen solle die Antragsziffer 2 noch einmal zurück in die Fraktionen gegeben und bis zur nächsten Stadtratssitzung mit möglichst greifbaren Berechnungen unterlegt werden.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0619/25:

Die Antragsziffer 1 des Antrags der Verwaltung wird den Ausschussmitgliedern bekannt gegeben.

Die Antragsziffer 2 des Antrags der Verwaltung wird für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen verwiesen.